

Von: info_ak_sued_nord-bounces@ippnw.de [mailto:info_ak_sued_nord-bounces@ippnw.de] (...)
Gesendet: Freitag, 21. Oktober 2011 13:47
An: AK Süd-Nord Info
Betreff: [Info_ak_sued_nord] ver.di-Beschlüsse zum NATO-Krieg gegen Afghanistan. ver.di ruft seine Mitglieder zur Beteiligung an der Demonstration „Raus aus Afghanistan“ am 3. Dezember 2011 anlässlich der Petersberger Konferenz in Bonn auf.

ver.di-Beschlüsse zum NATO-Krieg gegen Afghanistan Bundeskongress 2011

Die folgenden Anträge wurden von dem ver.di-Bundeskongress 2011 beschlossen.

Quelle:

<https://bundeskongress2011.verdi.de/antraege/antrag.html?cat=I&sort=005&aid=13165>

Der Bundeskongress beschließt
ver.di ruft seine Mitglieder zur Beteiligung an der Demonstration „Raus aus Afghanistan“ am 3. Dezember 2011 anlässlich der Petersberger Konferenz in Bonn auf.

Wir fordern den umgehenden Abzug der ISAF-Truppen aus Afghanistan. Bis zum Abzug der ISAF-Truppen sollen humanitäre - und zivilgesellschaftliche Organisationen strikt von militärischen Aktivitäten getrennt sein, um ihrer Aufgabe gerecht werden zu können. Notwendig ist eine stabile und demokratische Regierung, die Frieden und Menschenrechte in Afghanistan gewährleistet. Wir fordern die Intensivierung der Hilfe zum Wiederaufbau. Dafür wollen wir ein Zeichen setzen.

Begründung

Am 3. – 5. Dezember 2011 wird es eine Neuauflage der Petersberger Konferenzen zu Afghanistan geben. Dazu lädt die Bundesregierung die am Einsatz beteiligten Staaten zu einer Beratung über „Friedensperspektiven“ ein.

Die bereits zehn Jahre andauernden Auseinandersetzungen, die unter der Vorgabe einer „humanitären Intervention“ oder als „Krieg gegen den Terror“ angekündigt worden waren, entpuppten sich als Krieg um wirtschaftliche und politische Macht und gegen die Zivilbevölkerung und Menschen vor Ort.

Die gewaltigen Finanzsummen in den Haushalten der kriegsführenden Parteien (allein 1,1 Milliarden EURO im Bundeshaushalt 2011), die dort jedes Jahr für die Logistik des Krieges verschwendet werden, müssen viel sinnvoller für einen humanitären Aufbau verwendet werden. Dazu gehört der Ausbau von Bildungseinrichtungen, Krankenhäusern und anderen notwendigen Dingen zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsfürsorge.

Große Teile der Bevölkerung hierzulande wollen keine weitere Beteiligung an diesen Einsätzen, sondern fordern des Abzug der Bundeswehr aus allen Kriegs- und Einsatzgebieten außerhalb Deutschlands.

=====

Quelle:

<http://bundeskongress2011.verdi.de/antraege/antrag.html?cat=A&sort=212&aid=8169>

Der Bundeskongress beschließt

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Truppen in Afghanistan sofort abzuziehen. Gleichzeitig sind weitaus mehr Maßnahmen als bisher zu unterstützen und zu finanzieren, die tatsächlich zur Verbesserung des Lebens der Menschen in diesem Land beitragen. Es geht besonders um die Finanzierung von Bildung für Mädchen und Frauen, die Verbesserung der medizinischen Versorgung und der Infrastruktur.

Begründung

Der bisherige Kriegseinsatz in Afghanistan zeigt, dass es nicht um die von uns geforderten Ziele des friedlichen Lebens in diesem Land geht, sondern um die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der westlichen Welt. Aus unserer Sicht dient die militärische Präsenz nur dazu, die Transportwege von Erdöl, Erdgasunter anderem Bodenschätzen zu sichern.

Wir fordern aber, dass endlich die Menschen in Afghanistan tatsächliche Hilfe zum Neuaufbau des Landes und des Lebens erhalten.

Wir haben nicht das Recht, überheblich eine bestimmte Staatsform zu fordern, aber wir haben das Recht für grundlegende Menschenrechte in Afghanistan einzustehen. Dazu gehört auch die Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen. Alle Anstrengungen der Bundesregierung sind darauf zu richten, Menschenrechte in Afghanistan durchzusetzen und nicht europäische Interessen zu wahren.

=====

Quelle:

<http://bundeskongress2011.verdi.de/antraege/antrag.html?cat=A&sort=221&aid=7313>

Der Bundeskongress beschließt

ver.di spricht sich gegen den Krieg in Afghanistan aus und setzt sich für einen sofortigen Rückzug aller Truppen aus dem Irak und aus Afghanistan ein.

ver.di fordert den DGB und seine Gliederungen auf, den demokratischen Willen zu mobilisieren:

- Statt Aufstockung der deutschen Soldaten und Aufrüstung: sofortiger Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan!
- Stopp dem Krieg in Afghanistan!

Begründung

Es wird Krieg in Afghanistan geführt!

Dies widerspricht dem Grundgesetz und dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung!

Weitere Informationen zu den geplanten Protestaktionen am 3., 4. und 5.12.2011 in Bonn: <http://www.afghanistanprotest.de/>